



Verkehrsausschuss

42. Sitzung (öffentlich)

10. Juni 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Radweg entlang der A 52 und der Ruhrtalbrücke

5

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8410

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses:
Stellungnahme 17/2424
Stellungnahme 17/2426
Stellungnahme 17/2493
Stellungnahme 17/2532
Stellungnahme 17/2602

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

2 Modellprojekt „BOB“ – Teil-Elektrifizierung der Strecke Solingen–Wuppertal-Oberbarmen voranbringen **8**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9351

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine mündliche Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleute-runde zu besprechen.

3 Mit fairen Tarifen geht mehr: Nordrhein-Westfalen braucht landesweit einheitliche und verständliche Tarife für einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr **9**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9358

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine mündliche Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen in einer Obleute-runde zu besprechen.

4 Stärkungspakt Individualverkehr – Motorisierten Individualverkehr schützen und bedarfsgerecht fördern **10**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9377

– Wortbeiträge

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

5 Treibhausgasarmer Wasserstoff – Energieträger der Zukunft: Nordrhein-Westfalen muss Chancen als Wasserstoff-Modellregion ergreifen **13**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Drucksache 17/8589

– Wortbeiträge

Ausschussprotokoll 17/987 (*Anhörung vom 12.05.2020*)

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

6 Wasserstoffwirtschaft konsequent am Klimaschutz ausrichten! **17**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8766

Ausschussprotokoll 17/987 (*Anhörung vom 12.05.2020*)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Tempo 30 für ganz Köln – Brief der Oberbürgermeisterin an das Verkehrsministerium (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3463

– keine Wortbeiträge

8 Sachstand zur Realisierung der „Revierbahn“ *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3464

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

9 Verschiedenes **22**

Der Ausschuss kommt überein, am 2. September 2020 eine Ausschusssitzung durchzuführen.

* * *

4 Stärkungspakt Individualverkehr – Motorisierten Individualverkehr schützen und bedarfsgerecht fördern

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 17/9377

(Der Antrag wurde nach Beratung am 28.05.2020 einstimmig an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Nic Peter Vogel (AfD) moniert die Zurufe während seiner Plenarrede wie „Reichsautobahn“ oder „Kübelwagen“, womit sich die Zurufenden selbst unglaublich machen. Statt ihm zu unterstellen, er sei „Teil einer Sekte“, möge man inhaltlich mit ihm diskutieren.

Die Kapazitäten der Park-and-Ride-Parkplätze reichten bei Weitem nicht aus, sodass man zunächst dieses Angebot ausweiten müsse, bevor man den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewerbe.

Zudem müsse es mit Blick auf mehr Stau nicht auf jeder Hauptverkehrsstraße einen Fahrradstreifen zulasten der Pkw geben, denn Schleichwege seien für Fahrradfahrer gesünder und effektiver.

Zudem zeigten die Messergebnisse während der Coronakrise, dass sich Pkw und explizit Dieselmotoren nicht als Hauptverursacher für die Überschreitung der Messwerte erwiesen. Vielmehr führten Umweltpuren und Pfortnerampeln in den Städten zu einer höheren Belastung.

Dem Vorwurf, nun eine bereits zehn Jahre alte EU-Regelung zu kritisieren, hält er entgegen, sie sei durch Feldversuche zumindest teilweise widerlegt.

Jörg Blöming (CDU) hebt den Individualverkehr nach wie vor als wesentlichen Bestandteil hervor, wobei die NRW-Koalition im Gegensatz zur AfD selbstverständlich auch alternativ betriebene Fahrzeuge wie auch Fahrräder und Carsharingangebote einschließe. Schwarz-Gelb stelle es den Menschen ideologiefrei, nutzerorientiert und technologieoffen anheim, wie sie ihrem Mobilitätsbedürfnis nachkämen, und unterstreicht, es werde keine Verbote von Verkehrsmitteln geben.

Er widerspricht Nic Peter Vogel, das Umweltbundesamt habe unlängst eine Senkung der Stickoxidbelastung in vielen nordrhein-westfälischen Städten im Zeitraum vom 16. März bis zum 14. April 2020 im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 20 % bestätigt.

Der Verkehrsfluss in den Städten werde zudem größtenteils nicht durch Landesmaßnahmen geregelt. Das von der NRW-Koalition als neues Steuerungsinstrument eingeführte Arbeitsprogramm zum Masterplan zur Umsetzung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen orientiere sich an klaren Kriterien und werde jährlich aktualisiert.

Die Kompetenz für Feinstaub und Umweltplaketten liege zudem beim Bundesumweltamt. Für die Ermittlung des Park-and-Ride-Bedarfs einer Kommune seien in erster Linie die Verkehrsverbünde zuständig, wobei beispielsweise der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr in einem konkreten Projekt die entsprechende Datengrundlage schaffen wolle. Kommunen, die Fördermittel nach dem ÖPNV-Gesetz enthielten, müssten diese Messsysteme auf der gesamten Anlage installieren. Zudem könnten die Kommunen auch bestehende Park-and-Ride-Anlagen mit diesem System ausstatten und dafür Fördermittel beantragen.

Zur besseren Abstimmung zwischen motorisiertem Individualverkehr und Radverkehr verweise er auf den Bericht in der letzten Verkehrsausschusssitzung, wonach die Zuständigkeit für die Radwegebenutzung in Nordrhein-Westfalen bei den örtlichen Straßenverkehrsbehörden liege, die somit alleine über die Anordnung oder Aufhebung einer Radwegebenutzungspflicht entschieden und nicht das Verkehrsministerium.

Nic Peter Vogel (AfD) betont, seine Fraktion konzentriere sich mitnichten auf die Pkw, sondern beschäftige sich schlichtweg mit bestehenden Problemen, denn die Verkehrswende könne nur gelingen, wenn man das Angebot auch an den Bedarf anpasse, was auch für die Park-and-Ride-Anlagen gelte. Dabei dürfe man Fahrradfahrer nicht gegen Autofahrer ausspielen, indem man dem Autoverkehr eine Spur wegnehme und damit für weitere Staus in den Innenstädten Sorge, wenn man Radwege eventuell auch mit größerer Breite durch die Peripherie führen könne, ohne Zeit zu verlieren.

Bodo Middeldorf (FDP) spricht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag von „verkehrspolitischen Klassenkampf erster Güte“, weil er alle anderen Verkehrsträger gegenüber dem Auto abgrenze und das Auto in den Mittelpunkt der gesamten Verkehrspolitik stelle. Stattdessen müsse man individuelle Wegeketten auch ohne das eigene Auto organisieren können, denn im Individualverkehr liege nicht das Allheilmittel.

Die Vernetzung von Park-and-Ride-Parkplätzen mit verschiedenen Verkehrsträgern laufe bereits auf allen Ebenen mit Hochdruck.

Zwar müsse man die Messwerte während der Coronakrise deuten; die AfD stelle aber die seit zehn Jahren geltenden Grenzwerte an sich infrage, was er als völlig absurd bezeichnet.

Arndt Klocke (GRÜNE) schließt sich Bodo Middeldorf an, denn die Zukunft liege in einem modernen Mobilitätsmix und der Verknüpfung der Verkehrsträger bei Förderung alternativer Antriebe. Auch große Autobauer wie etwa Ford in Köln sähen ihre einzige Marktchance in dieser schwierigen Situation darin, sich entsprechend für die Zukunft aufzustellen.

Nic Peter Vogel (AfD) hält Bodo Middeldorf entgegen, in den letzten zwei Jahren sei es darum gegangen, den Pkw aus den Innenstädten zu bekommen. Man könne den Bedarf der angestrebten Menge der Pendler zurzeit schlicht noch nicht bedienen,

wenn daran auch mit Hochdruck gearbeitet werde. Zudem gebe es bei 50 % der Park-and-Ride-Plätze erhebliche Mängel bei Sicherheit und Erreichbarkeit.

Man müsse auch die Menschen aus dem ländlichen Raum berücksichtigen, die keine Möglichkeit hätten, die Großstadt mit dem ÖPNV zu erreichen. Stattdessen verenge man die Diskussion auf den öffentlichen Nahverkehr und auf das Fahrrad, anstatt alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Dazu zählten auch elektrisch oder mit Wasserstoff betriebene Autos. Es werde auch in Zukunft Menschen geben, die auf den Individualverkehr angewiesen blieben, weshalb man darüber unideologisch nachdenken müsse.

Carsten Löcker (SPD) fasst zusammen, der Antrag reihe sich in die verkehrspolitische Haltung der AfD-Fraktion ein und fordere möglichst viel Straßenraum für den Pkw-Verkehr, wohingegen Radfahrer durch Kleingärten, Büsche und Sträucher fahren sollten.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

